

Paul Schreyer



# Die Angst der Eliten



Wer fürchtet  
die Demokratie?

WESTEND

**W E S T E N D**



**PAUL SCHREYER**

# **DIE ANGST DER ELITEN**

Wer fürchtet die Demokratie?

**WESTEND**

Mehr über unsere Autoren und Bücher:  
[www.westendverlag.de](http://www.westendverlag.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-209-7

2. Auflage 2018

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2018

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort	9
1 Reichtum regiert	13
2 Die Wahrheit über den Populismus	22
3 »Hate Speech« und die Meinungsfreiheit	33
4 Der Traum von der Gemeinschaft	47
5 Sind Volksabstimmungen gefährlich?	60
6 Weshalb direkte Demokratie nicht im Grundgesetz steht	76
7 Die Angst vor dem Volksentscheid	85
8 Aus Ohnmacht wird Wut oder: Wer ist die AfD?	94
9 Milliardäre machen Politik	107
10 Begrenzte Grundrechte	123
11 Der Tiefenstaat	130
12 Das Eigentum	142
13 Vorsicht, Querfront!	160
14 Der Mythos von der »neuen Zeit«	173
Anmerkungen	180
Literatur	215
Personenregister	217



»Es ist leicht zu sehen, warum Demokratie gerade bei Gruppen, die sich selbst für Eliten halten, nicht immer beliebt ist. Aber die demokratische Zumutung der Demut mag ihnen nicht nur im politischen Leben weiterhelfen.«<sup>1</sup>

*Christoph Möllers, 2008*

»Denn während der Adel nicht den Thron angreift – ohne den er nicht bestehen kann –, sondern den König, der ihm nicht passt, greift die Volksmacht nach dem Throne selbst, als das, was unvereinbar mit ihr ist.«<sup>2</sup>

*James Harrington, 1656*

»Wir müssen bewusst unsere eigene Welt gestalten, nicht mittels gedankenloser Gewohnheiten und destruktiver Vorurteile, sondern nach den Grundprinzipien der unserer Spezies eigenen *Vernunft, Reflexionsfähigkeit und Diskussion*.«<sup>3</sup>

*Murray Bookchin, 2002*





# Vorwort

Quer durch die Geschichte zieht sich der Streit, wer in der Gesellschaft das Sagen haben soll. Ob in Antike, Mittelalter, 20. Jahrhundert oder heute: Immer wieder aufs Neue stellt sich die Frage nach der Macht im Staate und die nach der Gerechtigkeit. Sollen die Reichen, die »Experten«, die »Klugen« entscheiden – oder soll die Politik tatsächlich von allen bestimmt werden?

Man könnte meinen, die Antwort sei leicht. Demokratie gilt als etwas Positives, so gut wie jeder ist dafür. Doch wie demokratisch sind wir wirklich? Besteht tatsächlich die Absicht, das Volk regieren zu lassen? Viele Menschen halten eine solche Vorstellung für gefährlich. Die Forderung nach echter Volksherrschaft, also zum Beispiel regelmäßigen Volksabstimmungen, gilt als populistisch. Wer die Bürger direkt fragt, so die Befürchtung, der setzt sich den Stimmungen und Bauchgefühlen einer leicht manipulierbaren Masse aus. Statt Schwarmintelligenz, so die Sorge, regieren am Ende bloß die Dummheit der Vielen und deren Vorurteile. Sind wir daher mit einer indirekten, parlamentarischen Demokratie, also gewählten Abgeordneten, professionellen Vertretern, die einen kühlen Kopf bewahren, nicht besser dran?

Andere behaupten das Gegenteil und sind überzeugt, dass die repräsentative Demokratie nur Theater ist, eine inszenierte »Bundestags-Show«, die transparente Politik bloß vorgaukelt, während die echten Entscheidungen in den Hinterzimmern der Lobbyisten getroffen werden, weit weg vom Bürger und der Öffentlichkeit.

Fest steht: Mit der Demokratie ist es eine widersprüchliche Sache. Einerseits wird sie gefeiert und beschworen. Man beruft sich

auf sie und will sie verteidigen, besonders gegen die sogenannten Populisten. Doch die Liebe zum Volkswillen kühlt rasch ab, wenn jene Populisten tatsächlich Wahlen gewinnen. Regelmäßig bricht dann Unruhe aus, manchmal gar Panik, wie nach dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus. Demokratie ist toll – solange nicht die Falschen gewählt werden. Aber wer genau sind die »Falschen«, und wer entscheidet das?

Das Thema beschäftigt spätestens seit den Erfolgen von Trump, AfD und Co. immer mehr Menschen. Viele sind besorgt und sehen die Rechte von Minderheiten oder gleich die ganze Demokratie in Gefahr. Über die Ursachen der jüngsten Wahlergebnisse wird dabei heftig gestritten. Manche vermuten ein Kommunikationsproblem und mangelnde Bildung. Unzufriedene und impulsive »Wutbürger« würden unseriösen Rattenfängern und deren Sprüchen auf den Leim gehen. Die einfachen und radikalen Lösungen führten aber in die Irre, weshalb die fehlgeleiteten Bürger aufgeklärt werden müssten. Ein vernünftiger und umfassend informierter Mensch könne Trump oder die AfD schließlich kaum wählen.

Andere widersprechen und meinen, dass die Unzufriedenheit mit der Politik berechtigt sei. Man könne daher auch kaum jemanden zu einer anderen, »besseren« Wahl überreden. Vielmehr sei eine Protestwahl heute oft der einzige Weg, sich noch Gehör zu verschaffen. Und wenn vom Establishment des linken Parteienspektrums die beim Volk populären Kandidaten immer wieder als zu radikal abgelehnt und sogar sabotiert würden – wie Bernie Sanders in den USA, Jeremy Corbyn in Großbritannien, Jean-Luc Mélenchon in Frankreich oder Sahra Wagenknecht in Deutschland –, dann blieben dem Wähler am Ende eben bloß die Rechten als Alternative zum herrschenden Einheitskonsens. Eine solche Protestwahl sei ein Alarmzeichen für Probleme, denen man nicht mit pädagogischer Ermahnung, sondern mit einem echten Wechsel der Politik begegnen müsse.

Gestritten wird also, so viel steht fest, ganz handfest um eine Deutung der Realität. Geht es »uns« gut, wie die Regierung nicht müde wird zu betonen? Befindet sich die Gesellschaft politisch,

wirtschaftlich und moralisch auf einem erfolversprechenden Weg hin zu einem für alle erstrebenswerten Ziel, das nur besser vermittelt werden muss?

Viele sehen es anders. Die Krise, seit 2008 zunächst im Finanzsektor, hat mittlerweile zahlreiche Facetten. Dem Verlust des Vertrauens in die Banken folgte mit den Enthüllungen Edward Snowdens 2013 eine Welle des Misstrauens gegenüber den Geheimdiensten. Daran schloss sich spätestens mit der Ukraine Krise ab 2014 eine große Vertrauenskrise rund um die Medien an, Stichwort »Lügenpresse«.

Das Unbehagen umspannt mittlerweile die ganze Gesellschaft. Nichts läuft richtig, so scheint es. Den Institutionen ist nicht zu trauen. Vieles wird als falsch, marode und verlogen erkannt. Die Ideologie, derzufolge »wir« im Westen das »gute« System sind, das zum Nutzen aller arbeitet und daher mit Recht die Welt dominiert, hat tiefe Risse bekommen. Verkündet und vertreten wird diese Sichtweise zwar weiterhin von einem eng verflochtenen Beziehungsnetz aus Konzernen, Lobbyverbänden, der NATO sowie vielen etablierten Parteien, Denkfabriken und Medien. Doch eben dieses Beziehungsnetz, dieses »System« verliert weltweit stetig an öffentlicher Legitimation. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete 2017 unter Berufung auf die Ergebnisse einer großen, international durchgeführten Meinungsumfrage:

»Die Menschen trauen den Eliten nicht mehr (...) Das Vertrauen der Menschen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen erodiert. Politikern, Managern, Nichtregierungsorganisationen und auch den Medien wird immer weniger vertraut. Die Mehrheit der Menschen glaubt inzwischen, dass das aus diesen Säulen gebildete »System« nicht mehr funktioniert.«<sup>1</sup>

Dreh- und Angelpunkt dieses Systems ist der Finanzsektor, der, unbehelligt von wachsender Armut und den Nöten der Bürger, nach fest zementierten Regeln Geld von unten nach oben umverteilt und sich, so scheint es, sowieso keiner Demokratie unterordnet. Der Finanzsektor existiert für sich, selbstgerecht, selbstgefäl-

lig und zu Reformen offenbar unfähig. Die gesellschaftliche Macht verharrt aufs Dichteste konzentriert bei Banken, Investoren und deren Interessenvertretern in den öffentlichen Institutionen – so der Eindruck.

Aus dieser Perspektive gesehen liegt die Gefahr für die Demokratie nicht zuerst in populistischen Vereinfachern, sondern viel grundlegender in Machtstrukturen, die alles andere als demokratisch verfasst sind. Der Finanzsektor dient weder der Gesellschaft, noch lässt er sich durch gewählte Abgeordnete ernsthaft einschränken oder kontrollieren. Vielmehr lenkt er selbst die Politik. Ähnliches lässt sich über die Geheimdienste sagen.

Wie viel Demokratie ist heute also überhaupt möglich? Und wie demokratisch sind unser Gemeinwesen, die Regierung, die Konzerne, die Medien tatsächlich verfasst? Wo stehen wir heute, was fehlt und welche Voraussetzungen für eine Demokratie sind vielleicht gar nicht erfüllt?

Diese Fragen will das vorliegende Buch beleuchten. Und so viel sei schon mal verraten: Am Schluss steht kein neues Heilsversprechen, kein perfekt geplantes Zukunftssystem. Dafür lohnt ein Blick in die Vergangenheit umso mehr. Denn unsere eigene – leider oft vergessene – Geschichte hält viele Lösungsansätze schon bereit. Man muss sie nur studieren.

# 1 Reichtum regiert

Manche Zusammenhänge sind so simpel und banal, dass sie leicht übersehen werden. Louis Brandeis, einer der einflussreichsten Juristen der USA und von 1916 bis 1939 Richter am Obersten Gerichtshof, formulierte es so: »Wir müssen uns entscheiden: Wir können eine Demokratie haben oder konzentrierten Reichtum in den Händen weniger – aber nicht beides.«<sup>1</sup>

Hinter dieser Aussage stehen Erfahrung und Beobachtung, aber auch eine innere Logik: Wenn in einer Gesellschaft die meiste Energie darauf verwandt wird, Geld und Besitztümer anzuhäufen, dann sollte es niemanden überraschen, dass die reichsten Menschen an der Spitze stehen. Was wir als führendes Prinzip akzeptieren, das beschert uns auch entsprechende Führer. Und wo sich Erfolg an der Menge des privaten Vermögens bemisst, da können die Erfolgreichen mit gutem Grund ihren politischen Einfluss für recht und billig halten.

Logisch erscheint es auch, wenn in einer solchen Gesellschaft die Regierung immer wieder gegen die Interessen der breiten Masse entscheidet. Vereinfacht gesagt: Wo reiche Menschen an der Spitze stehen, da herrscht nun mal nicht die Mehrheit. Private Bereicherung und Allgemeinwohl passen ungefähr so gut zusammen wie ein Krokodil in den Goldfischteich. An diesem Widerspruch ändert sich auch dann nichts, wenn die Goldfische und das Krokodil gemeinsam demokratisch eine Regierung wählen, die dann eindringlich an das Krokodil appelliert, doch bitte, im Interesse aller, seinen Appetit zu zügeln.

Aber Moment: Stimmt die grundlegende Annahme hier überhaupt? Regieren reiche Menschen? Existiert nicht schon seit Jahrzehnten ein frei gewähltes Parlament mit Abgeordneten aus der Mitte der Gesellschaft? Ist Bundeskanzlerin Angela Merkel, Tochter eines Pfarrers und Enkelin eines Polizisten, nicht das Musterbeispiel für einen bodenständigen, bescheidenen Menschen ohne größeren privaten Besitz? Kann man Ähnliches nicht auch über Frank-Walter Steinmeier (Sohn eines Tischlers) oder Martin Schulz (Sohn eines Polizisten) sagen? Und bei aller berechtigten Kritik am Einfluss von Lobbyisten: Versucht die Bundesregierung mit »Mutti« Merkel an der Spitze nicht immer wieder, das Wohl der einfachen Leute im Auge zu behalten, sich fürsorglich an den Bedürfnissen der breiten Masse zu orientieren?

Forscher vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück sind 2016 dieser Frage in einer aufwendigen empirischen Untersuchung nachgegangen.<sup>2</sup> Ihre 60 Seiten lange Antwort lautet auf den Punkt gebracht: leider nein. Das Besondere daran: Die Studie wurde nicht von der Linkspartei, Attac oder den Gewerkschaften in Auftrag gegeben, sondern von der Bundesregierung selbst. Arbeitsministerin Andrea Nahles hatte 2015 den Anstoß gegeben. Sie wünschte sich eine solide Faktengrundlage für den damals in Vorbereitung befindlichen 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in dem auch der politische Einfluss der Vermögenden wissenschaftlich untersucht werden sollte.<sup>3</sup>

Diesem Auftrag folgend, hatte das Osnabrücker Forscherteam um Professor Armin Schäfer, Vizechef der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, die »Responsivität« der deutschen Politik überprüft, also inwieweit die Regierung tatsächlich durch Beschlüsse und Gesetze dem Willen der Bevölkerung folgt. Diese Responsivität, oder »Bereitschaft zur Antwort«, steht letztlich im Zentrum jeder Idee von Demokratie. Eine demokratische Regierung hat die Wünsche und Forderungen aller im Blick und handelt entsprechend. Der Auftrag der Bundesregierung, wissenschaftlich zu untersuchen, inwieweit sie diesen Anspruch selbst

erfüllt, ließ aufmerken. Noch nie zuvor hatte eine deutsche Regierung das so grundlegend prüfen lassen.

Die Autoren der Studie analysierten dabei zunächst anhand der regelmäßigen Meinungsumfragen von ARD-Deutschlandtrend<sup>4</sup> die Ansichten der Bevölkerung in etwa 250 Sachfragen. Untersuchungszeitraum waren die Jahre von 1998 bis 2015. Dann glichen sie diese Ergebnisse mit dem Handeln der Regierung in den Jahren danach ab. Was wurde umgesetzt, was nicht?

Die Analyse wies dazu noch einen entscheidenden Clou auf: Das Forscherteam unterschied die politischen Ansichten der Befragten gestaffelt nach deren Einkommen. Denn betrachtet man die Meinungen der einkommensschwächsten 10 Prozent (im Folgenden: »Arme«) und die der einkommensstärksten 10 Prozent (im Folgenden: »Reiche«), dann ergeben sich teils drastische Unterschiede.

So wurde etwa bei einer Deutschlandtrend-Umfrage im Jahr 1999 danach gefragt, ob Vermögende stärker zum Abbau der öffentlichen Verschuldung herangezogen werden sollten. 70 Prozent der Armen stimmten dem Vorschlag zu, aber nur 46 Prozent der Reichen. Die Regierung orientierte sich an Letzteren. Im Jahr 2000 wurde gefragt, ob das Rentenniveau gesenkt werden sollte. Nur 43 Prozent der Armen stimmten zu, jedoch 64 Prozent der Reichen. Ergebnis: Das Rentenniveau wurde per Gesetz gesenkt. 2003, während der Diskussion um die Einführung der Hartz-Reformen, wurde gefragt, ob die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt werden solle. Insgesamt gesehen war eine Mehrheit von 54 Prozent der Bevölkerung dafür. Betrachtete man aber die Einkommen getrennt, dann zeigte sich, dass zwar 69 Prozent der Reichen der Kürzung zustimmten, doch nur 44 Prozent der Armen. Gekürzt wurde trotzdem. Ein ähnliches Bild ergab sich bei der 2012 gestellten Frage, ob die Rente mit 67 rückgängig gemacht werden solle: 65 Prozent der Armen wollten das, aber bloß 33 Prozent der Reichen. Die Regierung folgte wieder dem Mehrheitswunsch der Wohlhabenden.<sup>5</sup>

Wie die Studie zeigt, existieren die zweitgrößten Meinungsunterschiede zwischen Armen und Reichen in der Arbeitsmarkt- und



Sozialpolitik. Noch stärker sind die Differenzen bloß in der Außenpolitik. Als 2007 danach gefragt wurde, ob die Bundeswehr möglichst schnell aus Afghanistan abziehen solle, stimmten 75 Prozent der Armen zu, gegenüber 43 Prozent der Reichen. Die Regierung übergang auch diesmal die Geringverdiener, der Militäreinsatz wurde zunächst sogar noch intensiviert.

Dass solche Beispiele, die man in der Studie nachlesen kann, keine Einzelfälle oder Ausnahmen sind, fanden die Forscher in akribischer Kleinarbeit heraus. Die Ergebnisse sind eindeutig. So heißt es in der Untersuchung:

»Je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit der Meinung der Befragten überein. (...) Was Bürger mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren von 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.«<sup>6</sup>

Mehr noch: Eine politische Regelung wurde nicht nur umso eher von der Regierung umgesetzt, je mehr Reiche sie unterstützten. Das hatte man ja fast schon erwartet. Nein, ein Vorschlag wurde von der Regierung auch *umso eher abgelehnt, je mehr Arme dafür waren!* Die Forscher sprechen hier von einem »negativen Zusammenhang«. Sie schreiben wörtlich, dass »die Wahrscheinlichkeit auf Umsetzung sogar sinkt, wenn mehr Menschen aus der untersten Einkommensgruppe eine bestimmte politische Entscheidung befürworten.«<sup>7</sup> Das bedeutet, dass die Regierung die Armen nicht einfach nur ignoriert, sondern praktisch aktiv gegen sie arbeitet.

Bei der Berücksichtigung der Ansichten der Mittelschicht sieht es laut der Studie ähnlich aus.<sup>8</sup> Deren Forderungen werden von der Regierung annähernd im gleichen Maße ignoriert wie die der Armen.<sup>9</sup> Das heißt konkret: Es ist für die Politik praktisch egal, wie viele Menschen aus der Mittelschicht eine bestimmte Veränderung wünschen. Es existiert jedenfalls so gut wie kein messbarer Zusammenhang zwischen der Zustimmungsrate für eine Forderung in der Mittelschicht und deren Umsetzung. Ein

solcher Zusammenhang ist allein für die Wünsche der Einkommensstärksten nachweisbar, dort jedoch sehr deutlich.

Was geschah nun mit diesen Forschungsergebnissen? Das Arbeitsministerium übernahm die Erkenntnisse der Studie nicht eins zu eins in den Armuts- und Reichtumsbericht, sondern fasste sie auf 18 Seiten zusammen und ordnete die Auszüge erklärend ein. Der ermittelte »negative Zusammenhang« zwischen Forderungen der Armen und deren Umsetzung wurde zwar kurz erwähnt, aber nicht weiter erläutert. Gleichwohl blieb die Kernaussage der Forschungsergebnisse zunächst erhalten.

Das änderte sich allerdings, nachdem das Arbeitsministerium den Bericht im Oktober 2016 zur Abstimmung ans Bundeskanzleramt gesandt hatte. Dort zeigte man wenig Interesse an einer regierungsamtlichen Veröffentlichung solcher Tatsachen. Nicht dass die ermittelten Fakten angezweifelt worden wären, nein, wesentliche Teile des Berichts wurden vom Kanzleramt einfach stillschweigend und ohne weitere Debatte gestrichen oder umgeschrieben.

Die massive Zensur blieb jedoch nicht lange geheim.<sup>10</sup> Die Presse berichtete und der Verein Lobbycontrol machte schließlich im Frühjahr 2017 zur Vorstellung des Berichts öffentlich, welche Sätze gelöscht worden waren – peinlich für die Regierung.<sup>11</sup> Einer der Absätze, der dem Rotstift von Merkels Büro zum Opfer fiel, lautete:

»Die Studie liefert somit einen empirischen Beleg für eine ›Krise der Repräsentation‹. In Deutschland beteiligen sich Bürgerinnen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schiefelage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert.«